



Berlin, 28. Mai 2024
rot/ar

ver.di fordert grundlegende Reform der Pflegeversicherung noch in dieser Legislaturperiode

5 Angesichts der von den Krankenkassen für 2025 angekündigten Erhöhung
der Pflegebeiträge fordert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
(ver.di), noch in dieser Legislaturperiode eine Reform der sozialen Pflege-
versicherung auf den Weg zu bringen. „Die Probleme der Pflegeversiche-
10 rung sind seit Jahren bekannt. Eine Lösung darf nicht weiter aufgeschoben
werden. Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen erwarten zu
Recht, dass dieses existenzielle Risiko endlich ausreichend abgesichert
wird“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Sylvia Bühler**. Schon die Vor-
gängerregierungen seien hier ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.

15 „Als erstes muss die Pflegeversicherung von versicherungsfremden Leis-
tungen entlastet werden, wie es SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitions-
vertrag auch versprochen hatten“, forderte die Gewerkschafterin. Die Ren-
tenversicherung pflegender Angehöriger und die pandemiebedingten Kos-
ten seien gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die aus Steuermitteln finan-
20 ziert werden müssten. Dadurch würde die Pflegeversicherung um etliche
Milliarden Euro entlastet. „Darüber hinaus muss die Pflegeversicherung
dauerhaft auf eine solide Basis gestellt werden“, sagte Bühler. „Wir fordern
eine Solidarische Pflegegarantie, die alle pflegebedingten Kosten über-
nimmt und in die alle entsprechend ihres Einkommens einzahlen.“ Damit
würden auch Einkommen aus Kapitalerträgen in die Finanzierung einbezo-
25 gen. Dies sei auch die Lösung des Problems steigender Eigenbeiträge, die
Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen finanziell zunehmend
überfordern und in der häuslichen Versorgung immer öfter zum Verzicht auf
dringend notwendige pflegerische Leistungen führen.

30 „Weiter abzuwarten, ist keine verantwortbare Option, die Bundesregierung
muss jetzt handeln“, betonte Bühler. „Eine ideologisch getriebene Blocka-
depolitik durch den kleinsten Koalitionspartner FDP ist keine gute Grund-
lage für politisches Handeln der Ampel. SPD und Grüne müssen hier Hal-
35 tung zeigen und die dringend nötige Pflegereform durchsetzen. Die Unter-
stützung in der Bevölkerung wäre ihnen gewiss.“

MEDIENINFORMATION